

Erste Ergebnisse der repräsentativen MOTRA-Befragung „Menschen in Deutschland“ 2025 (MiD 2025)

- Subjektive Wahrnehmungen gesellschaftlicher Entwicklungen und Zustände sowie diesbezügliche Trends in Deutschland seit 2021 -

Peter Wetzels¹, Diego Farren², Jannik M.K. Fischer¹, Katrin Brettfeld¹,
Rebecca Endtricht² und Thomas Richter²

*(¹Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg
und ²German Institute for Global and Regional Studies (GIGA), Hamburg)*

Die Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) wird von der Universität Hamburg (UHH) im Rahmen des seit 2019 existierenden bundesweiten Forschungsverbundes MOTRA durchgeführt. Ab 2025 befindet sich MOTRA in seiner zweiten Förderphase. Seitdem wird die MOTRA-Studie MiD durch das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft an der UHH in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg (GIGA) gemeinsam gestaltet.

In den MiD Studien werden seit 2021 regelmäßig Einstellungen von Menschen ab 18 Jahren in Deutschland zu politischen und gesellschaftlichen Themen erhoben und deren Entwicklungen im Zeitverlauf analysiert. Dazu findet jedes Jahr im Frühsommer eine repräsentative Befragung der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland statt. Auf diesem Wege werden alljährlich über 4.000 Menschen erreicht. Mittlerweile liegen Daten von N = 21 899 Menschen vor, die in dieser Zeit von Frühsommer 2021 bis zum Sommer 2025 befragt wurden und Angaben zu ihren Erfahrungen und Einstellungen in verschiedenen Themenbereichen gemacht haben.

Im Folgenden werden ausgewählte Befunde der fünften Welle der MiD-Studie aus dem Jahr 2025 vorgestellt. Im Zentrum stehen dabei subjektive Wahrnehmungen gegenwärtiger gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme sowie damit assoziierte Besorgnisse und Wünsche. Zusätzlich wird auch auf Bewertungen und Einschätzungen wichtiger gesellschaftlicher Entscheidungsträger sowie staatlicher und politischer Institutionen seitens der Bevölkerung eingegangen. In einem Zeitvergleich werden dabei auch Ergebnisse der vorherigen Erhebungswellen aus den Jahren 2021 bis 2024 aufgegriffen und erkennbare Trends sowie auffällige Veränderungen erläutert.

*Menschen in Deutschland 2025: Die Teilnehmer*innen der fünften Erhebungswelle ¹*



- 4 458 Personen ab 18 Jahren haben zwischen Ende Mai und Mitte Juli 2025 an der fünften Welle der MiD-Studie teilgenommen.
- 50% dieser Befragten sind männlich, 50% weiblich.
- Das Durchschnittsalter liegt bei 48 Jahren.



- Knapp unter einem Drittel (28.5%) hat einen Hauptschulabschluss oder keinen Schulabschluss. 31% haben die Mittlere Reife und 40% haben das Abitur bzw. ein Hochschulreifezeugnis.
- Mehr als die Hälfte (58%) sind in Voll- oder Teilzeit berufstätig.
- 24% sind Rentner, beziehen eine Pension oder sind im Vorruhestand.



- Nahezu ein Drittel (29%) hat einen Migrationshintergrund.
- 84% besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft (entweder als erste oder zweite Staatsangehörigkeit).

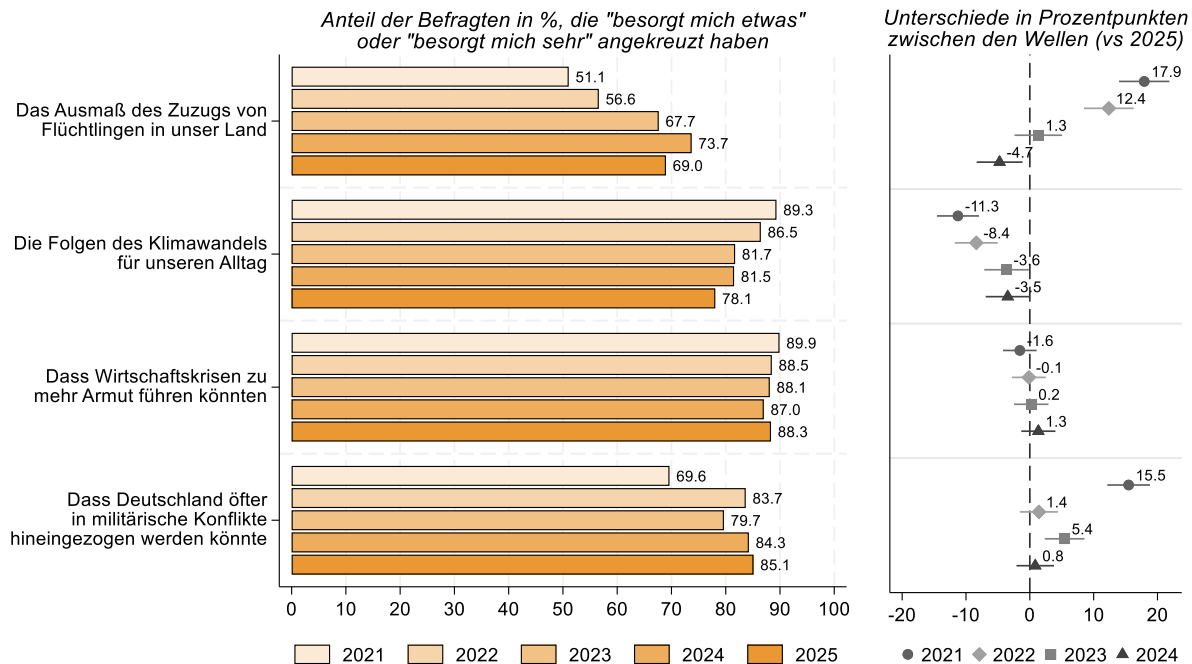
1. Verbreitung von Sorgen und Verunsicherungen angesichts aktueller gesellschaftlicher Probleme und politischer Herausforderungen

Im Jahr 2025 liegen die Besorgnisse der Menschen in Deutschland mit Blick auf ihre Wahrnehmungen weltpolitischer wie auch nationaler Entwicklungen und Zustände auf einem sehr hohen Niveau (vgl. Abbildung 1).

Sorgen in Bezug auf das Thema Flüchtlingszuwanderung und Krieg haben im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zugenommen. Die Anteile derer, die darüber „etwas“ oder „sehr“ besorgt sind, sind seit 2021 um 17.9 (Zuzug geflüchteter Menschen) bzw. 15.5 Prozentpunkte (dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte) gestiegen. Demgegenüber bleiben die Raten derer, die zumindest etwas Besorgnisse wegen des Klimawandels äußern, mit über achtzig Prozent zwar weiterhin hoch, haben aber seit 2021 um 11.3 Prozentpunkte abgenommen. Die Verbreitung von Sorgen im Hinblick auf wachsende Armut aufgrund von Wirtschaftskrisen in Deutschland aufgrund von Wirtschaftskrisen haben sich kaum verändert. Sie liegen 2025 allerdings bei 88.3% und damit unverändert weiterhin recht hoch.

¹ Die Studie wurde von 2019 bis März 2025 durch Zuwendungen des BMBF und des BMI finanziert. Seit 2025 wird MOTRA in einer zweiten Förderphase durch das BMBFT, das BMI und das BMBFSJ gefördert. Alle hier berichteten Auswertungen wurden mit gewichteten Daten vorgenommen. Die Ergebnisse sind repräsentativ und für die erwachsenen Einwohner*innen Deutschlands gültig.

Abbildung 1: Verbreitung von Besorgnissen (% „etwas besorgt“ oder „sehr besorgt“) angesichts gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen nach Themengebiet und Erhebungsjahr
(Frage: „Inwieweit sind Sie über die folgenden Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen auf Ihr Leben besorgt?“) (MiD 2021-2025, gewichtete Daten)



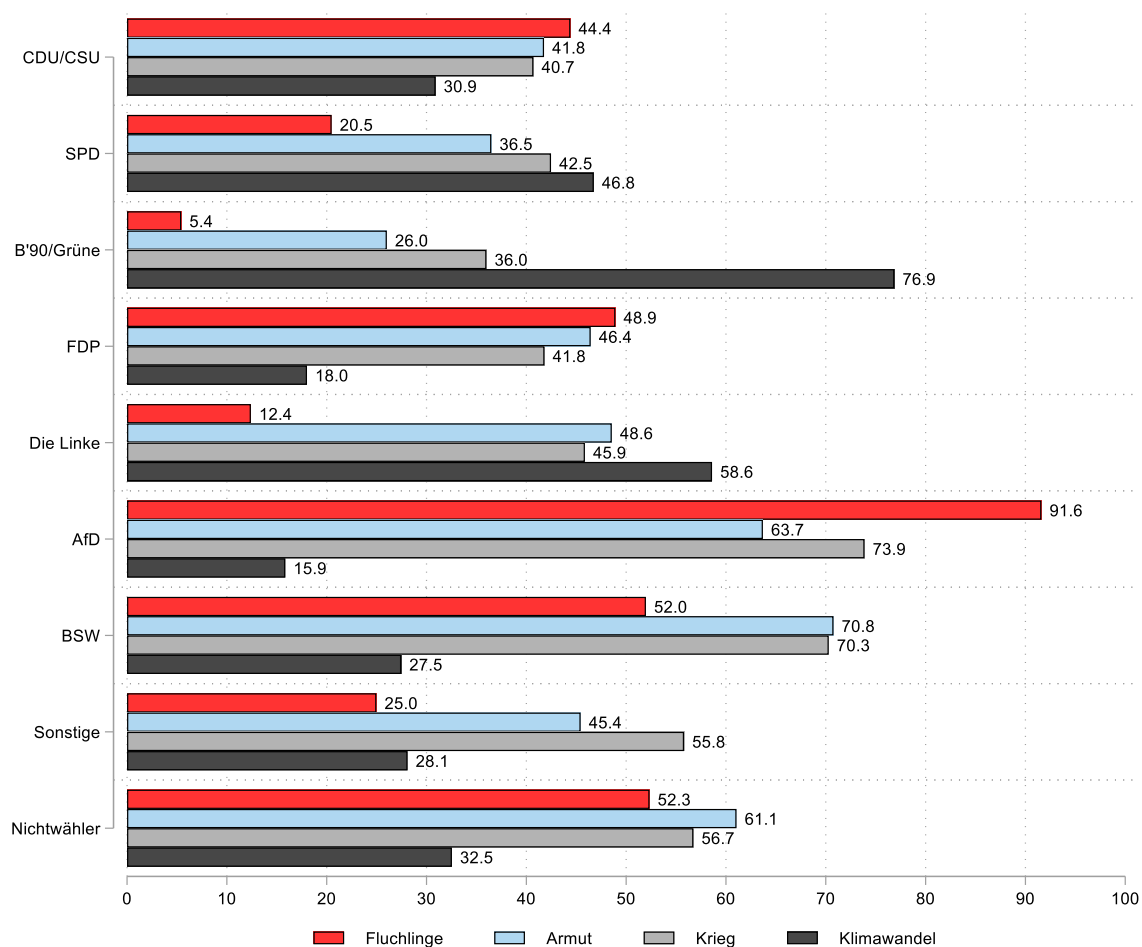
Die Verbreitung der verschiedenen Sorgen unterscheiden sich allerdings ganz erheblich in Abhängigkeit von den politischen Orientierungen und Parteipräferenzen der befragten Bürgerinnen und Bürger. Diese Präferenzen wurden über die sogenannte Sonntagsfrage erhoben. Nimmt man die besonders starke Ausprägung der Besorgnissen zum Maßstab („besorgt mich sehr“) dann zeigt sich für 2025 bei der weit überwiegenden Mehrheit (91%) derer, die eine Wahlpräferenz für die AfD angeben, eine solche enorme Besorgnis mit Blick auf den Zuzug von Geflüchteten. Die entsprechenden Raten den potenziellen Wähler*innen von CDU/CSU (44.4%) und BSW (52.0%) sind im Vergleich dazu deutlich niedriger. Am niedrigsten sind diese Anteile bei Anhänger*innen von Bündnis90/Grüne mit 5.4% und der Linken mit 12.4% (vgl. Abbildung 2).

Starke Besorgnisse wegen Armut/Wirtschaftskrise sind bei Anhänger:innen der AfD (63.7%) und des BSW (70.8%) besonders verbreitet. Sorgen mit Blick auf eine mögliche Kriegsbeteiligung Deutschlands machen sich gleichfalls die potentiellen Wähler:innen des BSW mit 70.3% und der AfD mit 73.9% am häufigsten. Der Klimawandel bereitet demgegenüber vor allem Wähler:innen der Parteien B'90/Grüne (74%), sowie etwas gehäuft auch denen der Linken (58.6%) sowie der SPD (46.8%) starke Sorgen. Anhänger:innen der anderen Parteien äußern hier deutlich seltener große Sorgen (zwischen 15.9% bei der AfD über 18.0% bei der FDP und 27.5% beim des BSW bis hin zu 30.9% bei der CDU).

Es findet sich damit ein Gesamtbild, wonach die Wähler*innen der links- sowie rechts-autoritären populistischen Parteien AfD und BSW besonders stark von Sorgen gelenkt werden. Bei der AfD gilt dies vor allem für Sorgen in Bezug auf Flucht/Migration und Armut. Bei der BSW stehen Krieg und Armut im Zentrum.

Bei Bündnis90/Grüne sowie der Linken und der SPD dominiert demgegenüber der Klimawandel mit Spitzenwerten der Besorgnisraten.

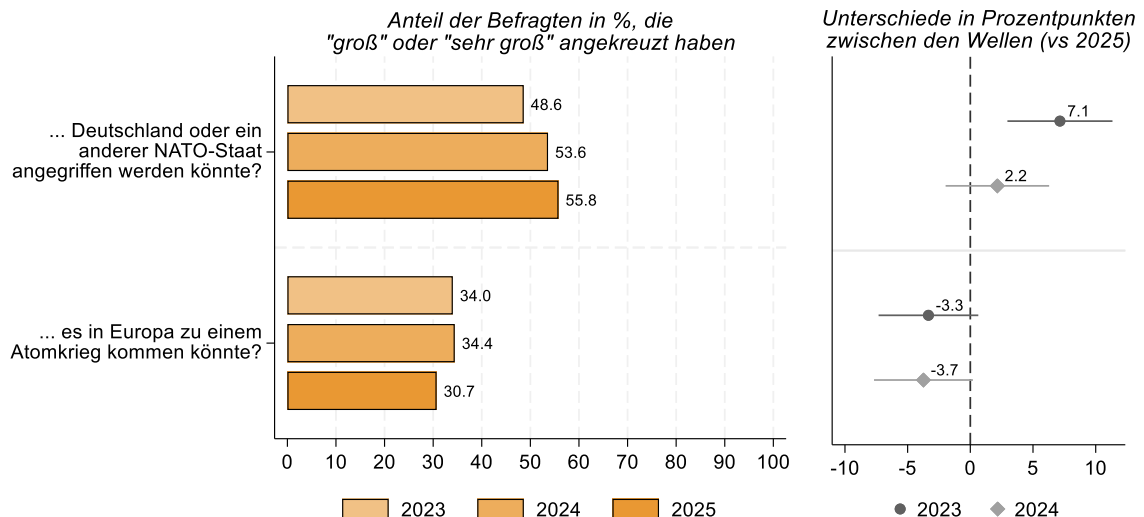
Abbildung 2: Anteile der Befragten, die „sehr besorgt“ sind nach Problemfeld und Parteipräferenz (MiD 2025, gewichtete Daten; Angaben in %)



Werden mit Krieg assoziierte Besorgnisse vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Ukraine weiter konkretisiert, dann ist zu erkennen, dass die Sorge, ein NATO-Staat könnte angegriffen werden, im Jahr 2025 im Vergleich zum Jahr 2023 um 7.1 Prozentpunkte zugenommen hat. Sie betrifft mit 55.8% aktuell mehr als die Hälfte der Stichprobe.

Bei etwa einem Drittel (30.7%) bestehen zudem große Sorgen, dass es in Europa zu einem Atomkrieg kommen könnte. Dieser Anteil ist gegenüber den Vorjahren zwar etwas zurückgegangen, liegt aber immer noch bei knapp einem Drittel der dazu Befragten.

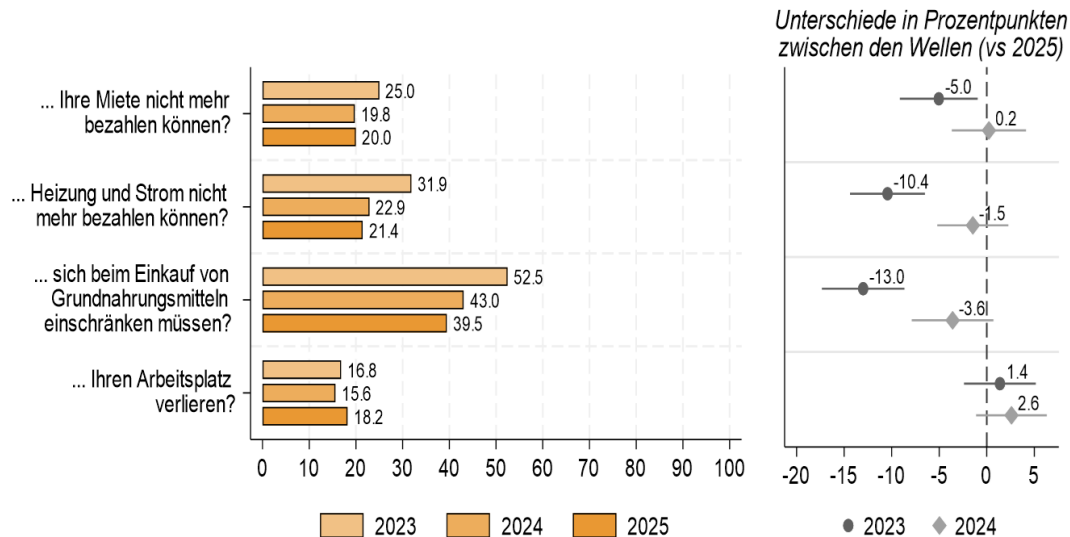
Abbildung 3: Verbreitung „großer“ oder „sehr großer“ spezifisch kriegsbezogener Besorgnisse
(Angaben in %; MiD 2023-2025; gewichtete Daten)



Abseits von Flucht/Migration/Zuwanderung sowie Krieg und Klimawandel spielen auch die Entwicklungen der wirtschaftlichen Situation in zum Teil ganz unmittelbar im persönlichen Alltag spürbarer Form eine wichtige Rolle für viele Menschen. Die Teilnehmenden waren in dieser Hinsicht gebeten worden, ihre Zukunftsperspektiven einzuschätzen. Sie sollten angeben, wie wahrscheinlich es ihrer Meinung nach ist, dass sie selbst in den nächsten sechs Monaten in unterschiedlichen Formen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Ein Fünftel (20.0%) hält es für „wahrscheinlich“ bis „sehr wahrscheinlich“, dass sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können. Ein ähnlich hoher Anteil (21.4%) glaubt, demnächst sich zukünftig im Alltag sogar beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken müssen. Einen Arbeitsplatzverlust befürchteten 18.2%. Dieser Wert hat sich zwischen 2024 und 2025 zwar nur geringfügig verschlechtert, liegt aber angesichts der zentralen Bedeutung der Arbeitsplatzsicherheit sehr wohl auf einem relevant hohen Niveau.

Abbildung 4: Erwartete persönliche wirtschaftlicher Belastungen in den nächsten 6 Monate: Prozent Befragte, die das für „wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“ halten. (MiD 2023 - 2025, gewichtete Daten, Angaben in %)



In einer Gesamtschau sind somit seit 2023 die subjektiv befürchteten ökonomischen Einschränkungen und Belastungen überwiegend nicht gestiegen; in einigen Bereichen sind sogar Verbesserungen zu erkennen. Ein Niveau von etwa einem Fünftel der Menschen, die glauben demnächst Mieter und Strom nicht mehr bezahlen zu können, ist aber gleichwohl als relativ hoch einzustufen. Dies gilt erst recht, wenn man betrachtet, dass mehr als ein Drittel sich im Bereich der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln glaubt einschränken zu müssen.

2. Wahrnehmung von Staat und Politik und subjektive Einschätzungen gesellschaftlicher Entscheidungsträgern

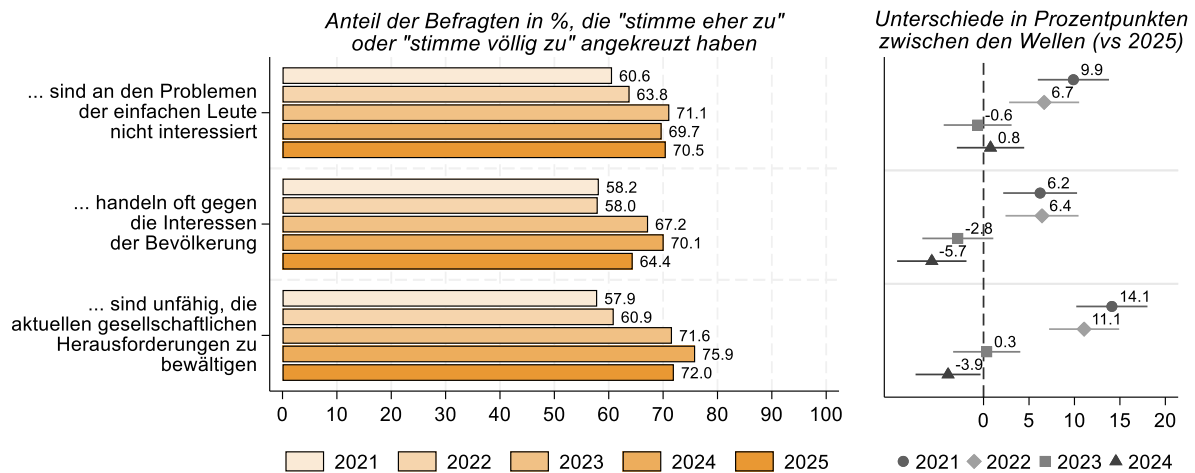
Die Mehrheit der Bürger:innen hält schon seit längerer Zeit wichtige gesellschaftliche Entscheidungsträger in Deutschland mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen, vor denen sie unser Land gestellt sehen, für nicht hinreichend kompetent und auch nicht für angemessen auf die Probleme der Mehrzahl der Menschen ausgerichtet.

2025 stimmen 70.5% der Aussage zu, dass die gesellschaftlichen Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sich nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren. 64.4% glauben, dass die gesellschaftlichen Führungskräfte oft gegen die Interessen der Bevölkerung handeln. 72.0% sind zudem der Ansicht, die Verantwortlichen seien gar nicht in der Lage, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen (vgl. Abbildung 5).

Die Zustimmung zu diesen drei Aussagen ist seit 2021 deutlich um +9.9 (Desinteresse an Problemen der einfachen Leute), +6.3 (Handeln gegen die Interessen der Bürger)

bzw. +14.1 Prozentpunkte (Unfähigkeit, die Probleme zu lösen) gewachsen. Zwar finden sich 2025 im Vergleich zum Vorjahr in zwei Bereichen leichte Rückgänge dieser negativen Sicht auf Kompetenzen und Motivation der Eliten bzw. Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, diese sind aber nicht signifikant. Eine klare Trendwende ist 2025 nicht zu erkennen.

Abbildung 5: Entwicklung der subjektiven Bewertungen gesellschaftlicher Entscheidungsträger
(MiD 2021-2025, gewichtete Daten)



Im Einklang damit zeigen sich seit 2021 auch ganz erhebliche Rückgänge des Vertrauens der Bürger*innen, die vor allem Regierung und Parteien, also die Politik betreffen. Dieser Trend ist, wenn auch etwas schwächer ausgeprägt, mit Blick auf staatliche Institutionen wie Polizei und Gerichtsbarkeit ebenfalls zu finden (vgl. Abbildung 6).

Mit 73.9% ist nach die Rate derer, welche der Polizei vertrauen, im Vergleich der hier thematisierten Institutionen am höchsten (die Rate bezieht sich auf die Zusammenfassung der Werte von 4 bis 6 auf einer Skala von 1 bis 6). Das Vertrauen in diese in vielen Umfragen immer wieder als besonders hoch vertrauenswürdig angesehene Institution hat sich jedoch um 5.0 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021 verringert. Seit 2023 hat sich das auch nicht wieder gebessert.

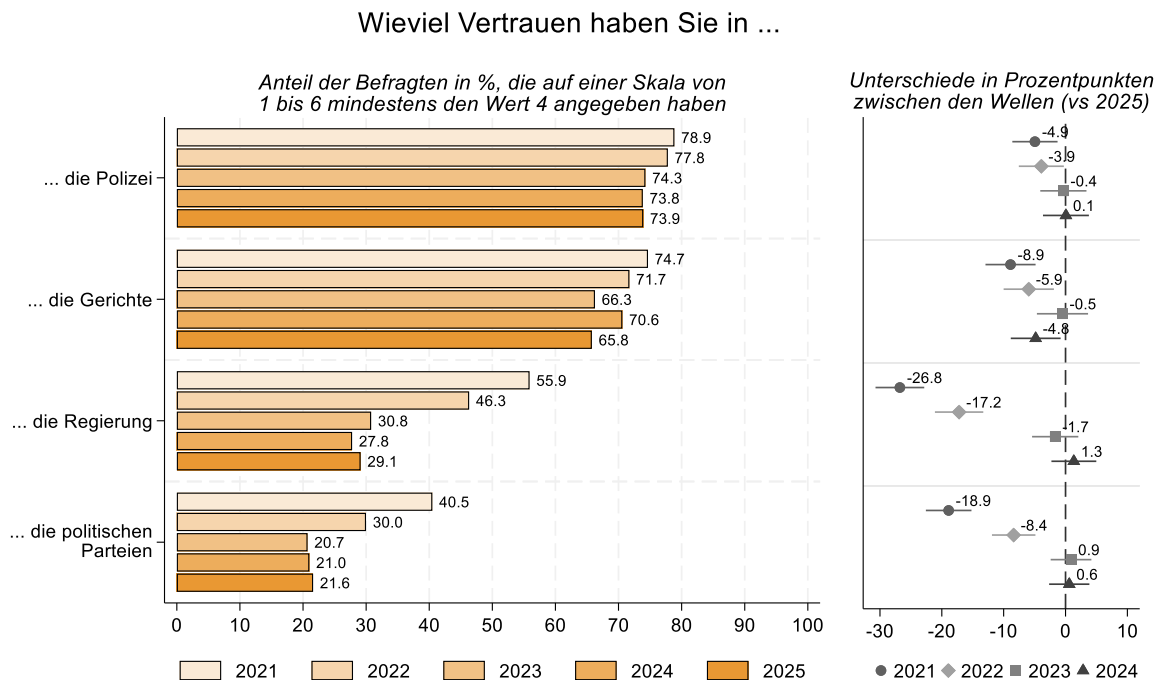
Das Vertrauen in die Gerichte ist mit 65.8% im Jahr 2025 im Vergleich der staatlichen Institutionen am zweithöchsten. Im zeitlichen Vergleich handelt es sich aber in Bezug auf die Gerichtsbarkeit um die niedrigste Vertrauensrate seit 2021. Sie liegt 8.9 Prozentpunkte niedriger als 2021 und hat vor allem in Relation zu 2024 deutlich weiter abgenommen (um 4.8 Prozentpunkte).

In Bezug auf Regierung und politische Parteien hatte das Vertrauen von 2021 bis 2024 besonders stark abgenommen. Das Vertrauen in die Regierung lag 2021 bei 55.9% und ist danach bis 2024 auf 27.8% gesunken, hat sich in der Zeit also etwa halbiert. Im Jahr 2025 liegt diese Rate dann zwar wieder um 1.3 Prozentpunkte höher. Die für 2025 erkennbare Quote von 29.1% unterscheidet sich damit aber nicht signifikant von der

des Vorjahres. Im Vergleich zu 2021 beträgt der Verlust des Vertrauens in die Regierung immer noch 26.8 Prozentpunkte. Eine klare Trendwende ist nicht zu erkennen.

Abbildung 6: Entwicklung des Vertrauens in Politik und staatliche Institutionen

(MiD 2021-2025, gewichtete Daten)

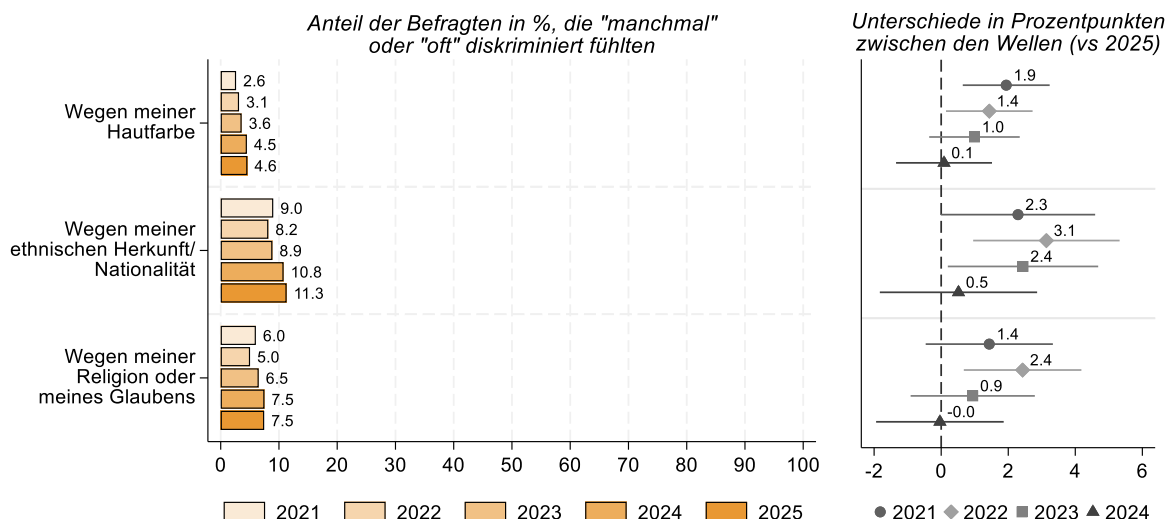


Das Vertrauen in die politischen Parteien lag im Jahr 2021 bei 40.5%. Im Jahr 2025 fällt es mit nur noch 21.6% statistisch signifikant um 18.9 Prozentpunkte niedriger aus. Von 2024 zu 2025 ist auch hier kaum eine Änderung zu erkennen. Das Vertrauen in politische Parteien, die für die Abläufe in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft eine besondere Bedeutung haben, ist weiterhin sehr gering und mehrheitlich nicht gegeben.

3. Individuelle Diskriminierungserlebnisse und subjektive Wahrnehmungen kollektiver Marginalisierungen der Eigengruppe

Betrachtet man zunächst die Gesamtstichproben im Verlauf der Jahre, dann kann man den Eindruck gewinnen, dass die persönliche Betroffenheit durch Vorurteile, Ausgrenzungen oder Diskriminierungserfahrungen, hier erfasst in Bezug auf eigene Erlebnisse in den letzten 12 Monaten, eher wenig verbreitet ist. Gleichzeitig ist aber auch klar zu erkennen, dass auf diesem vermeintlich niedrigen Gesamtniveau die Raten kontinuierlich gestiegen sind (vgl. Abbildung 7).

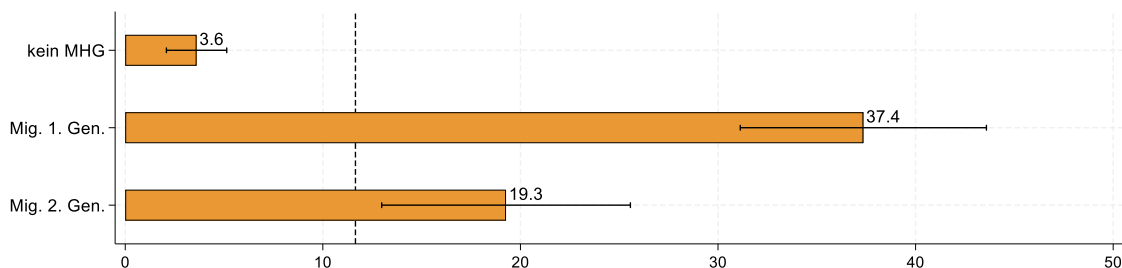
Abbildung 7: Verbreitung persönlicher Diskriminierungserlebnisse wegen Hautfarbe, ethnischer Herkunft/ Nationalität oder Religion 2021-2025 (MiD 2021-2025, gewichtete Daten)



Aufgrund ihrer Hautfarbe wurden 4.6% der Befragten des Jahres 2025 in den letzten 12 Monaten „manchmal“ oder „oft“ diskriminiert. Dieser Anteil ist seit 2021 um 2.0 Prozentpunkte signifikant angestiegen. Wegen ihrer ethnischen Herkunft oder Nationalität fühlten sich 11.3% der Befragten 2025 diskriminiert. Auch diese Rate ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen und aktuell auf dem höchsten Niveau. Unter Bezug auf ihre Religion diskriminiert wurden 2025 nach eigenen Angaben 7.5%. Auch diese Rate ist höher als 2021 und liegt 2024 und 2025 am höchsten.

Betrachtet man die Verbreitung der Betroffenheit durch Diskriminierungserlebnisse wegen eigener Hautfarbe, ethnischer Herkunft oder Nationalität allerdings speziell für Personen mit Migrationshintergrund, zeigen sich doch recht hohe Raten in Bezug auf diese Zielgruppe (vgl. Abbildung 8).

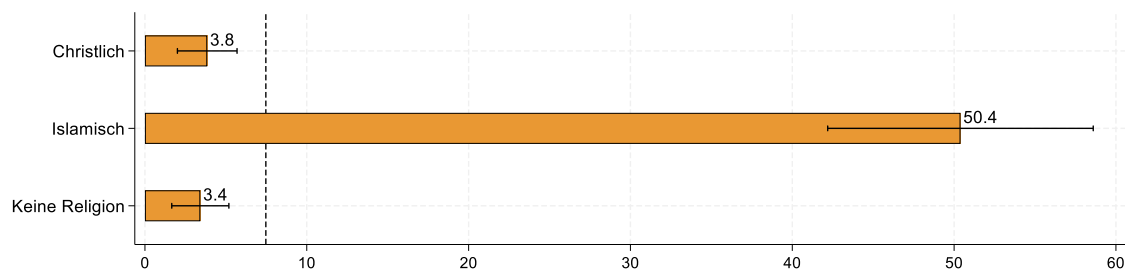
Abbildung 8: Prozent Personen, die in den letzten 12 Monaten von Diskriminierungserlebnissen aufgrund von Hautfarbe oder Nationalität/ethnischer Herkunft betroffen waren nach Migrationshintergrund und Migrationsgeneration (% die sich „manchmal“ oder „oft“ diskriminiert fühlen; MiD 2025; gewichtete Daten)



Insbesondere Migrant:innen der ersten Generation berichten zu erheblichen Anteilen über derartige Erlebnisse in Bezug auf die letzten 12 Monate. Mehr als ein Drittel von ihnen (37.4%) wurde mehrfach, d.h. „manchmal“ oder „oft“ diskriminiert. Das ist gegenüber dem Vorjahr 2024 mit einer Rate von 33.1% ein signifikanter Anstieg um 4.3 Prozentpunkte. 19.3% der Migrant:innen der zweiten Generation (d.h. derer, die in Deutschland geboren wurden aber mindestens ein nicht in Deutschland geborenes Elternteil haben), wurden nach eigenen Angaben aus diesem Grund diskriminiert. Von den Personen ohne Migrationshintergrund fühlten sich demgegenüber nur 3.6% in einer solchen Hinsicht betroffen.

Diskriminierungen wegen der eigenen Religion wurden vor allem von muslimischen Befragten berichtet. Mehr als die Hälfte dieser Gruppe (50.4%) fühlte sich 2025 „manchmal“ bis „oft“ aufgrund ihrer Religion diskriminiert. Bei Christ:innen sind es nur 3.8%, bei Personen ohne Religionszugehörigkeit 3.4% (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Prozent der Personen, die in den letzten 12 Monaten von Diskriminierung wegen ihrer Religion betroffen waren nach Art der Religionszugehörigkeit (% „manchmal“ oder „oft“ wegen Religion diskriminiert gefühlt; MiD 2025; gewichtete Daten)



Die Studienteilnehmer:innen wurden ferner gebeten anzugeben, wie Menschen, die so sind wie sie selbst („*Menschen wie ich* ...), generell in unserer Gesellschaft angesehen und behandelt werden. Im Vordergrund stehen bei dieser Frage sogenannte stellvertretende Viktimisierungen im Sinne der Wahrnehmung einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung von Personen aus der eigenen Referenzgruppe, mit der man sich identifiziert und der man sich zugehörig fühlt.

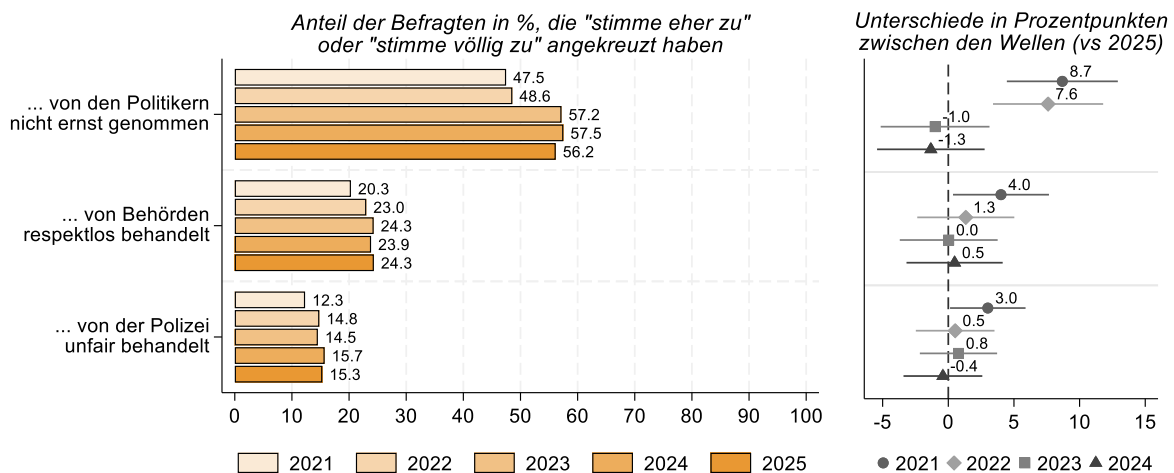
Solche Marginalisierungserfahrungen beziehen sich unter anderem auf die subjektive Einschätzung der Umgangsweisen staatlicher Institutionen mit Bürger:innen aus der jeweiligen Eigengruppe. Die Antworten deuten auf weit verbreitete Wahrnehmungen einer schlechteren Behandlung im Vergleich zu anderen hin, d.h. einer kollektiven Marginalisierung der eigenen Gruppe. Dies hat zudem im Verlauf der hier untersuchten Jahre deutlich zugenommen (vgl. Abbildung 10).

So sind erhebliche Anstiege der Zustimmung zu der Aussage zu verzeichnen, dass Menschen wie man selbst von Politikern nicht ernst genommen werden. Diese Rate

lag 2021 bei 47.5% und stieg bis 2025 auf 56.2%. Eine solche Zunahme um 8.7 Prozentpunkte ist statistisch signifikant. Zwar ist gegenüber 2024 ein leichter Rückgang um -1.3 Prozentpunkte zu erkennen. Dieser ist aber statistisch nicht signifikant.

Mehr als die Hälfte der Befragten teilt die Meinung, dass Menschen wie sie selbst von der Politik nicht richtig gesehen bzw. nicht ernst genommen werden. 20.3% stimmten 2021 der Aussage zu, dass die Behörden Menschen wie sie respektlos behandeln. 2025 sind dies 24.3%, was einer signifikanten Zunahme von 3.5 Prozentpunkten entspricht und den bisherigen Höchststand im betrachteten Gesamtzeitraum markiert.

Abbildung 10: Entwicklung kollektiver Marginalisierungswahrnehmungen:
„Hier bei uns werden Menschen wie ich“: Zustimmung in %
(MiD 2021-2025, gewichtete Daten)



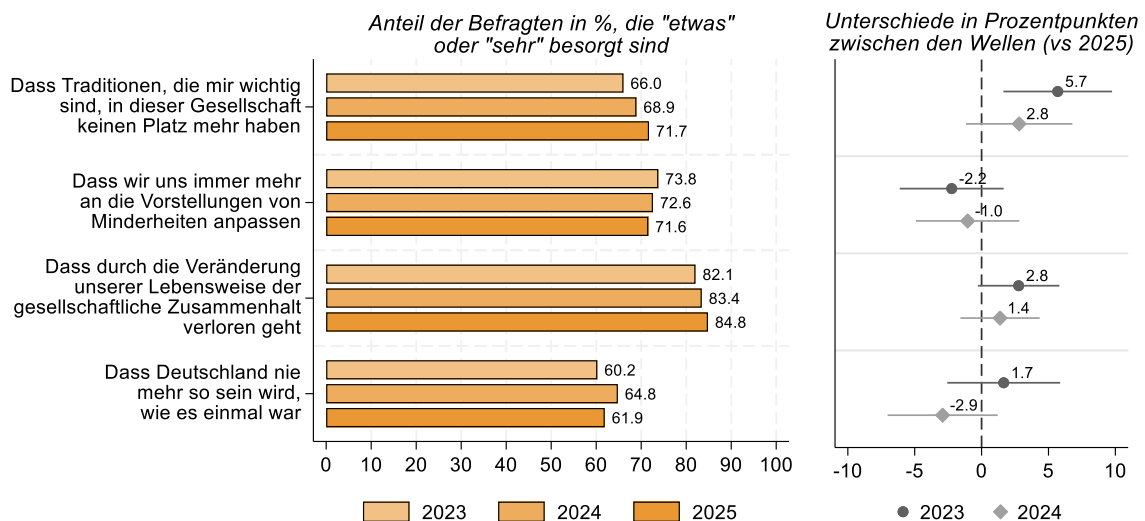
Der Aussage, die Polizei behandele Personen aus der Eigengruppe der Befragten unfair, stimmten 12.3% im Jahr 2021 zu; 2024 waren es mit 15.7% deutlich mehr und 2025 mit 15.3% fast ebenso viele. Dieser Anstieg um 3.0 Prozentpunkte gegenüber 2021 ist statistisch signifikant.

Insgesamt ist damit eine erhebliche Zunahme kollektiver Marginalisierungserlebnisse zu verzeichnen. Diese sind aus theoretischer Sicht mit einem erheblichen Risiko verbunden, dass es zu markanten Legitimationsverlusten staatlicher Institutionen bei weiten Teile der Bevölkerung kommen könnte. Darüber hinaus ist dies auch mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit assoziiert, dass gesellschaftliche Krisen und soziale Probleme sowie Bedrohungswahrnehmungen als besonders belastend erlebt werden, da staatliche Unterstützung zur Bewältigung solcher Herausforderungen von einem großen Teil als speziell für ihre Gruppe gar nicht oder nur vermindert verfügbar angesehen wird. Das kann erheblich zu Ungerechtigkeitswahrnehmungen, Konkurrenzgefühlen sowie Beeinträchtigungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen.

4. Bedrohungen und Verlustängste im Kontext gesellschaftlichen Wandels

Ein großer Anteil der Befragten äußert sich ferner verunsichert oder besorgt angesichts subjektiv wahrgenommener Konfrontationen mit kulturellem Wandel und einem möglichen Verlust althergebrachter Gewissheiten und Traditionen im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahren (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Entwicklung von Besorgnissen wegen eines wahrgenommenen sozialen und kulturellen Wandels in Deutschland in %
(MiD 2023-2025, gewichtete Daten)



So werden von der überwiegenden Mehrheit starke Befürchtungen aufgrund kultureller Veränderungen und gesellschaftlichen Wandels geäußert (zwischen 61.9% und 84.8%). Diese betreffen „*Verlust von Traditionen*“, Entwicklungen im Sinne einer zunehmenden Anpassung an Werte bzw. „*Vorstellungen von Minderheiten*“ sowie die Sorge, dass der „*gesellschaftliche Zusammenhalt*“ aufgrund der Veränderungen der Lebensweise verloren geht und Deutschland nicht mehr so sein wird „*wie es einmal war*“.

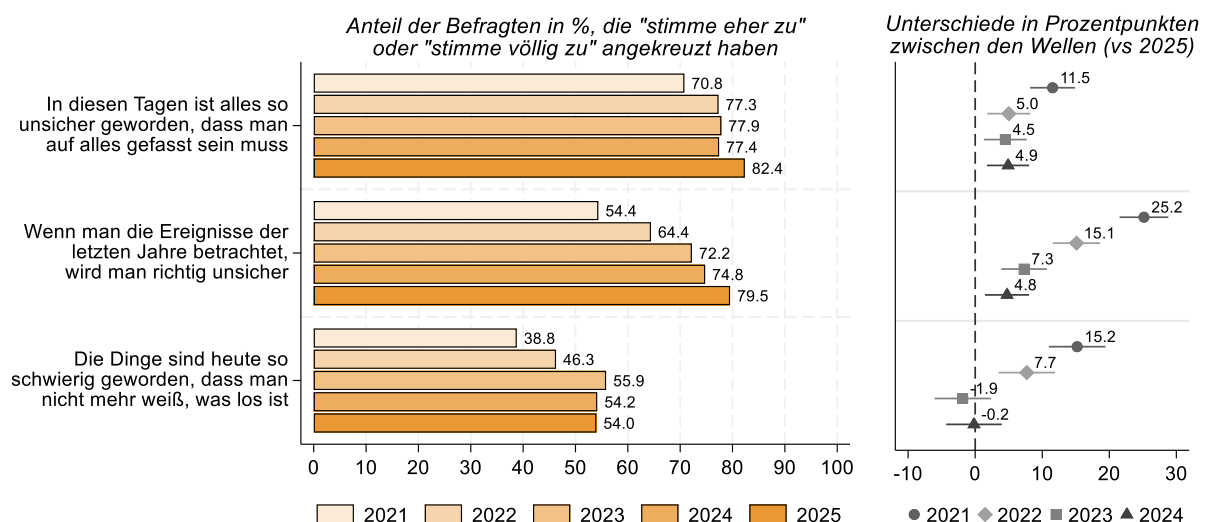
Ein solch hohes Niveau kultureller Verlustängste besteht schon seit 2023, dem ersten Jahr der Erhebung dieser Indikatoren. Am stärksten angestiegen ist mit +5.7 Prozentpunkten seit 2023 die Sorge wegen des Verlustes von Traditionen. Absolut am höchsten ausgeprägt ist die Sorge, dass die Veränderungen der Lebensweise zu einem Verlust des sozialen Zusammenhalts führen könnten. Diese liegt 2025 bei 84.8% und ist seit 2023 auf diesem hohen Niveau statistisch signifikant noch etwas angestiegen.

5. Verbreitung allgemeiner anomischer Verunsicherung

All diese skizzierten Entwicklungen gehen damit einher, dass sich 2025 eine Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland, angesichts der Vielzahl der Probleme, Herausforderungen und Veränderungen der letzten Jahre, sowohl im Hinblick auf die gesellschaftliche Situation insgesamt als auch mit Blick auf eigene Perspektiven massiv verunsichert fühlt.

2025 stimmen 82.4% der Aussage „eher“ oder „völlig“ zu, dass man aktuell „auf alles gefasst“ sein müsse. Gegenüber 2021 ist das eine Zunahme von 11.5 Prozentpunkten. Recht steil angestiegen und kontinuierlich gewachsen ist seit 2021 auch die Rate derer, die sich angesichts der Ereignisse der letzten Jahre „richtig unsicher“ fühlen. Hier wird 2025 mit 79.5% der bisherige Spitzenwert erreicht. Gegenüber 2021 ist das ein Zuwachs von 25.2 Prozentpunkten.

Abbildung 12: Verbreitung anomischer Verunsicherung 2021 - 2025
(MiD 2021-2025, gewichtete Daten)



54.0% äußern 2025 das Gefühl, nicht mehr zu wissen was los ist, weil alles so schwierig geworden sei. Auch diese Rate ist seit 2021 mit +15.2 Prozentpunkten ganz erheblich gewachsen.

In der Summe ergibt sich für den gesamten Untersuchungszeitraum ein ganz beträchtlicher Zuwachs an Verunsicherungsgefühlen, was in Kombination mit den in dieser Zeit gewachsenen Sorgen und dem gesunkenen Vertrauen in Politik und Staat eine brisante Mischung entstehen lässt.

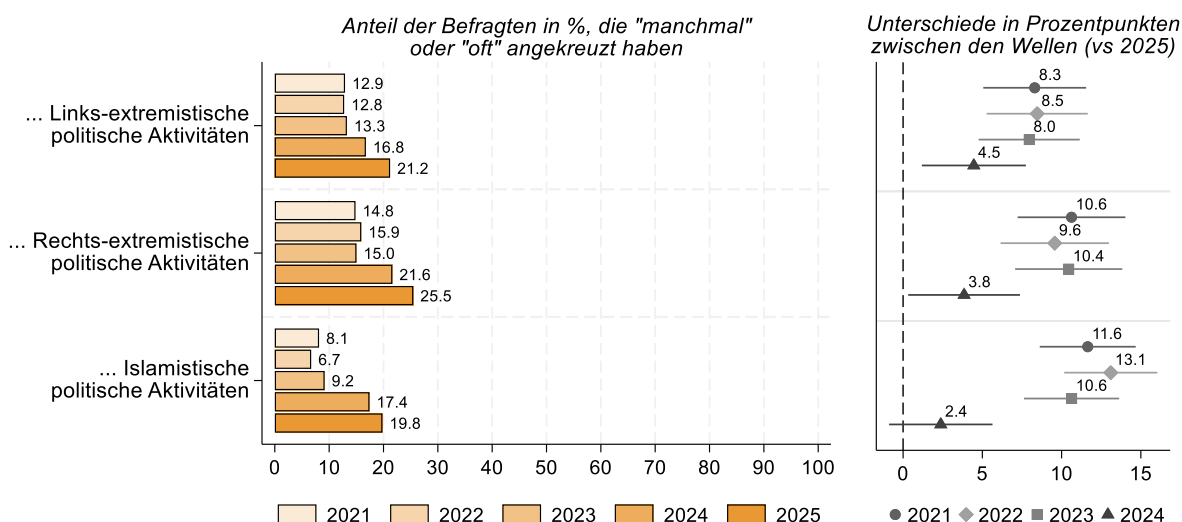
6. Subjektive Wahrnehmungen verschiedener Formen politischer Extremismen im eigenen Lebensumfeld

Neben eigenen politischen Einstellungen wurden auch Wahrnehmungen der Entwicklungen und Zustände im Nahbereich des eigenen Lebensumfeldes erhoben. Ziel dessen ist es, die Entwicklung politischer Extremismen aus der unmittelbaren subjektiven Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu erfassen und auf diesem Wege deren Kenntnisse und Überzeugungen in Bezug auf ihre alltägliche Lebensumgebung von Stadtviertel, Dorf oder Wohngegend zum Maßstab zu machen. Es ist davon auszugehen, dass genau diese subjektiven Sichtweisen auch handlungsleitend und für Bewertungen relevant sein dürften.

Untersucht wurde insoweit zunächst, in welchem Ausmaß die Befragten Formen politisch-extremistische Aktivitäten im eigenen Wohnumfeld wahrnehmen, um hier erkennbare Entwicklungen und Veränderungen über die Zeit zu erfassen. Dabei wurden keine Vorgaben hinsichtlich der Definitionen dieser politischen Aktivitäten vorgenommen, sondern auch dies den eigenen Wertungen der in der Befragung erreichten Personen anheimgestellt.

Nur eine Minderheit der Befragten berichtet, politisch-extremistische Aktivitäten unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung in der eigenen Wohnumgebung „manchmal“ oder „oft“ beobachtet zu haben. Am häufigsten handelt es sich um rechtsextreme Aktivitäten, die 25.5% im Jahr 2025 beobachtet haben. An zweiter Stelle folgen links-extremistische Aktivitäten mit 21.2%. Die geringsten Raten an Beobachtungen sind für islamistische Aktivitäten mit 19.8% zu konstatieren (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13: Beobachtungen politisch extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld
(MiD 2021 - 2025, gewichtete Daten)

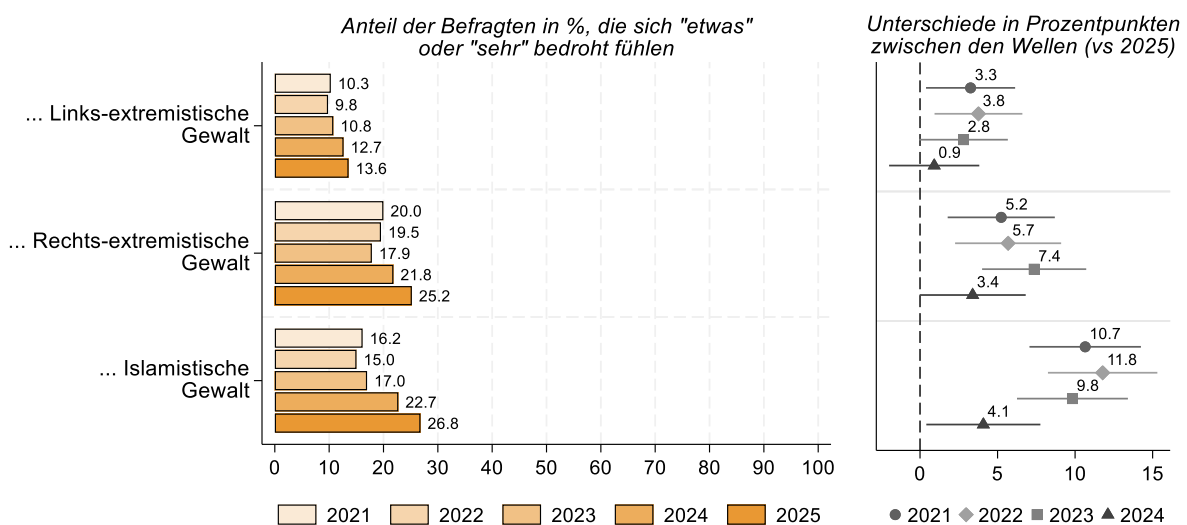


Für alle drei Formen politisch-extremistischer Aktivitäten sind 2025 allerdings klare Zunahmen entsprechender Beobachtungen im Vergleich zu den Vorjahren zu verzeichnen. Seit 2021 sind die Raten um 8.3 Prozentpunkte (links), 10.6 Prozentpunkte (rechts) und 11.6 Prozentpunkt (islamistisch) gewachsen.

Interessant ist, dass die am seltensten im eigenen Umfeld beobachtete Formen politisch-extremistischer Aktivitäten, diese betreffen den Islamismus, zugleich mit der stärksten Verbreitung von Bedrohungsgefühlen in Bezug auf entsprechende Ereignisse im Sinne politisch motivierte Gewalt in der eigenen Stadt/Gemeinde einhergehen.

26.8% der Befragten geben 2025 an, sich in ihrem Lebensumfeld „etwas“ bis „sehr“ durch islamistische Gewalt bedroht zu fühlen. Die Bedrohungsgefühle sind hier gegenüber 2021 um 10.7 Prozentpunkte gewachsen. Die Zuwächse haben in erster Linie seit 2023 begonnen.

Abbildung 14: Verbreitung von Bedrohungsgefühlen wegen unterschiedlicher Formen politisch-extremistisch motivierter Gewalt in der eigenen Stadt oder Gemeinde
(MiD 2021 - 2025, gewichtete Daten)

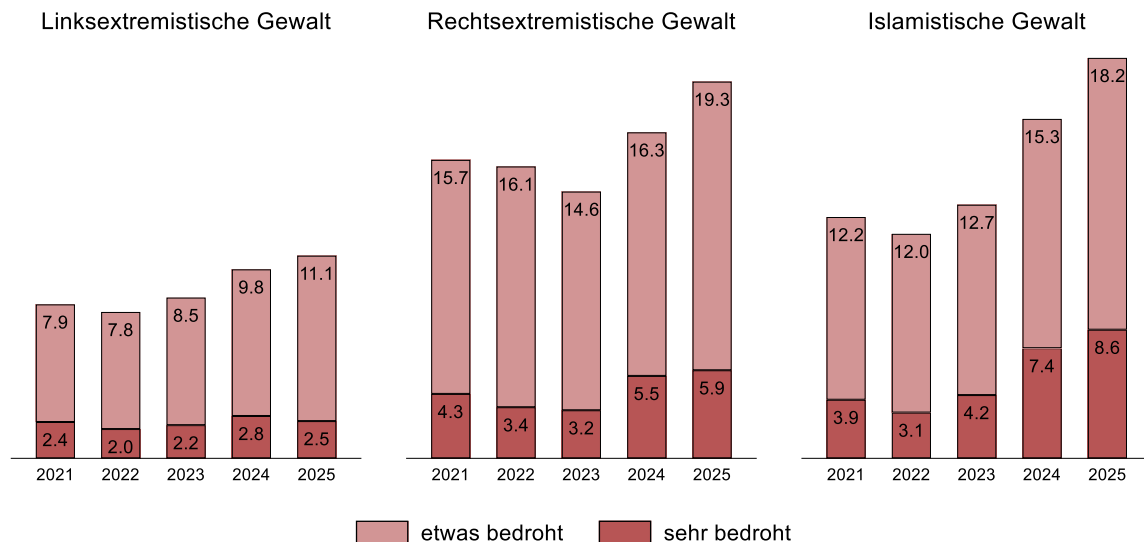


Mit 25.2% fühlen sich nur geringfügig weniger Menschen durch rechtsextremistische Gewalt in ihrem Lebensumfeld bedroht. Diese Rate ist im Vergleich zu 2021 mit +5.2 Prozentpunkten nicht ganz so stark angewachsen, wie das für die Bedrohung durch islamistischen Extremismus gilt. Aber auch hier ist festzustellen, dass die maßgeblichen Zuwächse für die Zeit ab 2023 zu erkennen sind.

Mit Blick auf linksextremistische Gewalt sind die Bedrohungsgefühle am wenigsten verbreitet. Hier äußern 13.6% sich durch linksextremistische Gewalt bedroht zu fühlen. Auch in dieser Hinsicht sind jährliche Zuwächse zu erkennen. Mit +3.8 Prozentpunkte im Vergleich zum Jahr 2022 sind diese Zuwächse bis 2025 jedoch deutlich geringer als im Falle rechtsextremistischer oder islamistischer Gewalt.

Differenziert man nach der Intensität dieser Art des Bedrohungserlebens, dann erweist sich, dass Bedrohungen, die mit islamistischer Gewalt assoziiert werden, eine deutlich höhere subjektive Relevanz zu besitzen scheinen als die im eigenen Lebensumfeld erlebte Bedrohung durch links- oder rechtsextremistische Gewalt (Abbildung 15).

Abbildung 15: Bedrohung durch politisch extremistische Gewalt in der eigenen Lebensumgebung nach Intensität des Bedrohungserlebens und Art der politischen Motivation, 2021-2025
(Angaben in %; MiD 2021 – 2025; gewichtete Daten)

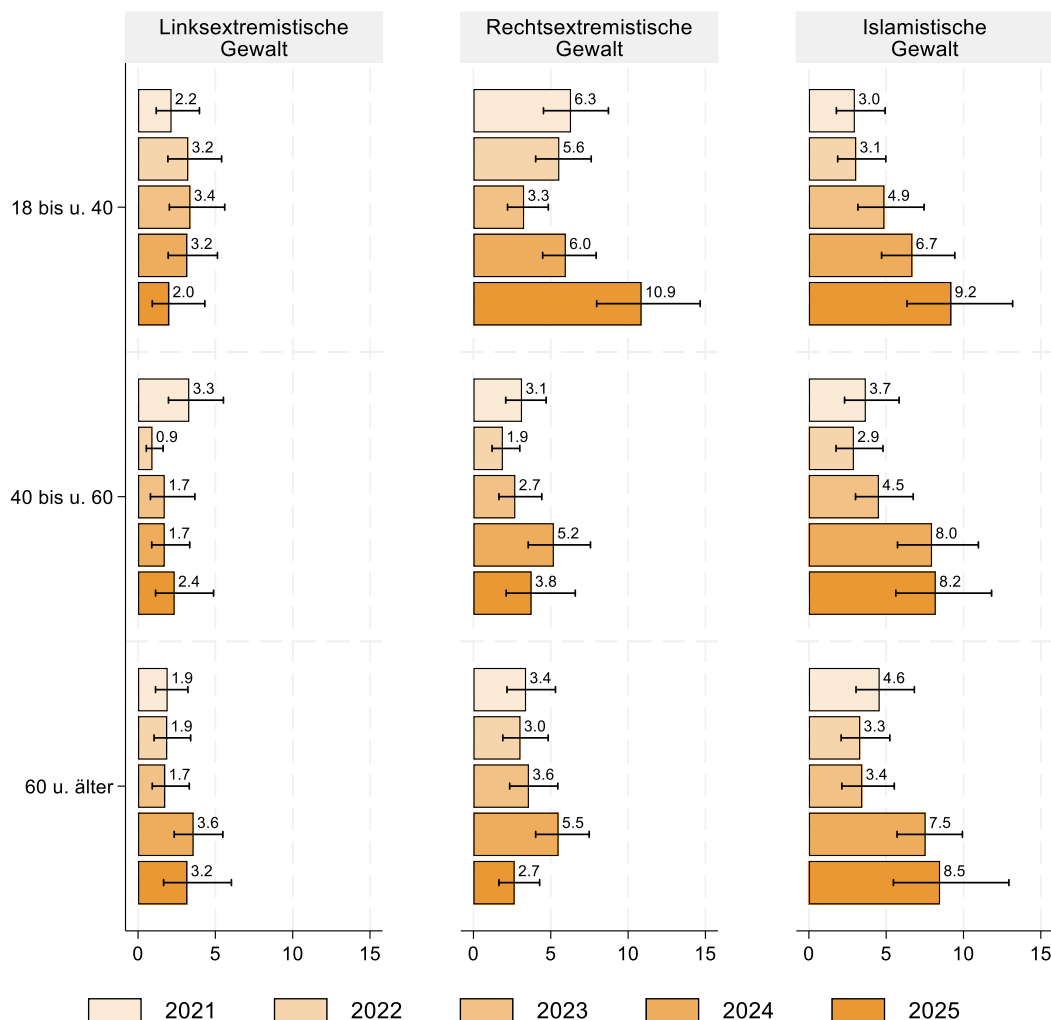


So geben 8.6% der Befragten 2025 an, sich durch islamistische Gewalt sehr bedroht zu fühlen, was in Relation zu 2021 mehr als eine Verdopplung bedeutet. Für Rechtsextremismus ist zwar auch eine solche Tendenz der Zunahme starker Bedrohungsgefühle erkennbar, aber die Anstiege sind hier nicht so stark. Bis 2022 war interessanterweise die Intensität der erlebten Bedrohung durch Rechtsextremismus deutlich stärker, als das für Islamismus gilt. Das ist 2025 umgekehrt.

Diese Entwicklungen sind zudem nicht auf bestimmte Altersgruppen beschränkt, sondern finden sich in vergleichbarer Form in allen Altersklassen (vgl. Abbildung 16). Eine gewisse Ausnahme stellt diesbezüglich die linksextreme Gewalt dar, die im mittleren Alterssegment in den letzten Jahren deutlich seltener als bedrohlich erlebt wird im Vergleich zu den unter 40jährigen und den ab 60jährigen.

Es fällt weiter auf, dass die Raten derer, die sich in ihrer Umgebung sehr bedroht fühlen, im Fall des islamistischer Gewalt bei den jüngeren Befragten tendenziell niedriger ausfallen als in der höheren Altersgruppen, während sich für die Bedrohung durch rechtsextremistische Gewalt eine insoweit umgekehrte Rangfolge andeutet.

Abbildung 16: Wahrgenommene Bedrohung durch politisch motivierte Gewalt in der eigenen Lebensumgebung nach politischer Motivation der Täter und Altersklasse der Befragten
(% „sehr bedroht“; MiD 2021 – 2025; gewichtete Daten)



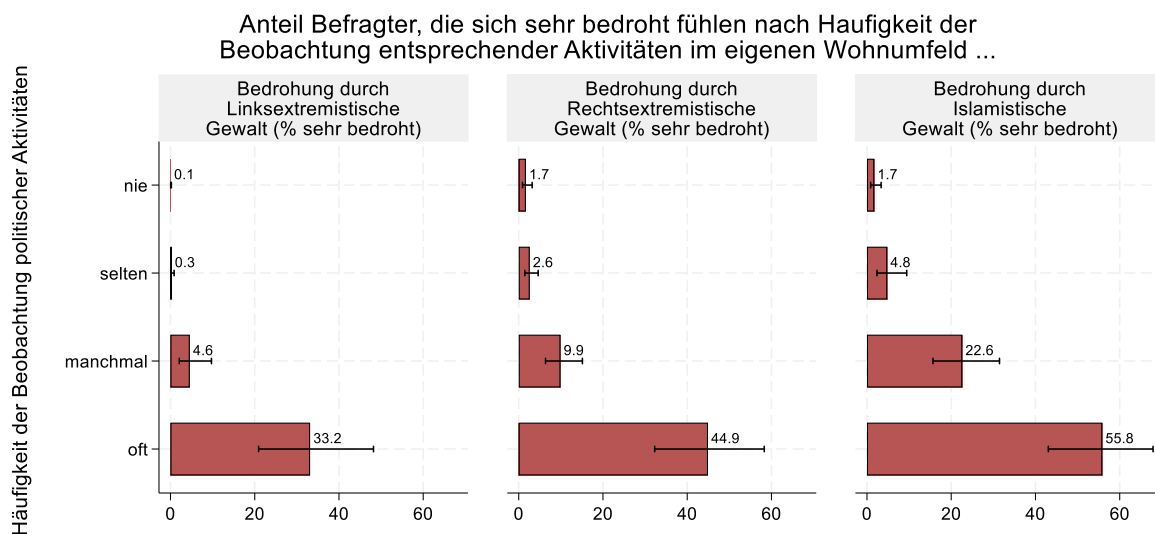
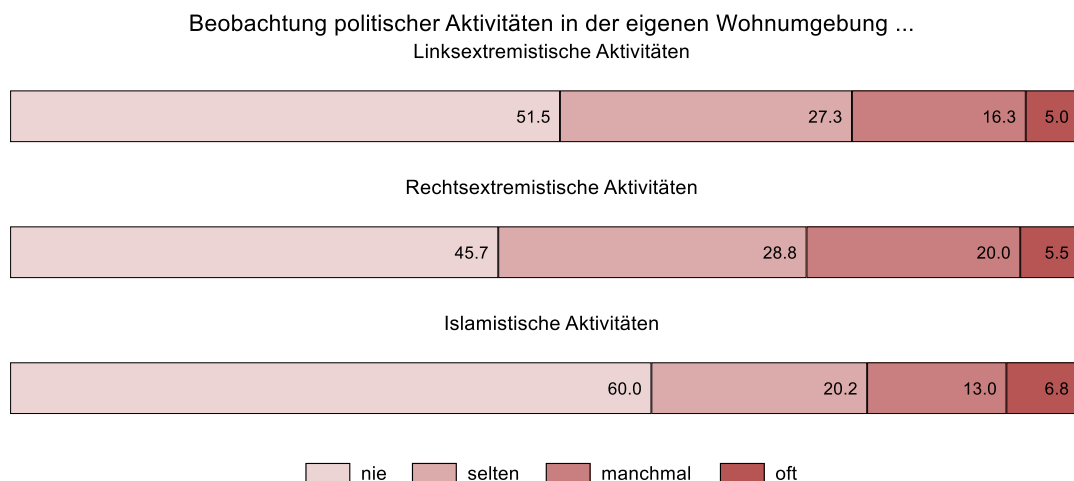
Auffallend ist ferner eine Diskrepanz des Verhältnisses zwischen der Häufigkeit der Wahrnehmung der verschiedenen Formen extremistischer Aktivität in der Wohnumgebung einerseits und dem Ausmaß der diesbezüglichen Besorgnisse wegen entsprechender politisch-motivierter Gewalt andererseits.

So erfolgen Wahrnehmungen islamistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld mit Abstand am seltensten (Abbildung 17). Sofern diese dort aber gehäuft wahrgenommen werden, sind die Raten derer, die sich davon bedroht fühlen, besonders hoch. Wenn keine solche Beobachtungen gemacht werden, ist auch das Bedrohungserleben erheblich geringer.

Darüberhinaus gilt weiter, dass auch ohne die gehäufte Beobachtung politischer extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld (Kategorien „nie“ oder „selten“) die

wahrgenommene Bedrohung durch Gewalt im Falle des Islamismus gleichwohl stets am höchsten ausfallen.

Abbildung 17: Beobachtung politisch extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld und % derer, die sich sehr bedroht fühlen nach Häufigkeit der Wahrnehmung solcher Aktivitäten in der eigenen Wohnumgebung im Jahr 2025
(Angaben in %; MiD 2025; gewichtete Daten)



Das hohe Bedrohungspotenzial, welches mit islamistischer politisch motivierter Gewalt assoziiert wird, scheint somit weniger abhängig vom Ausmaß der tatsächlich subjektiv erlebten Konfrontationen mit diesem Phänomen in der eigenen Lebensumgebung zu sein, als das für Rechtsextremismus und Linksextremismus gilt. Weiter gilt, dass Islamismus, auch unabhängig von Grad seiner Wahrnehmung durch Aktivitäten im eigenen Umfeld, generell stärker mit einer Bedrohung durch Gewalt verbunden wird, als dies für Rechts- und Linksextremismus gilt.

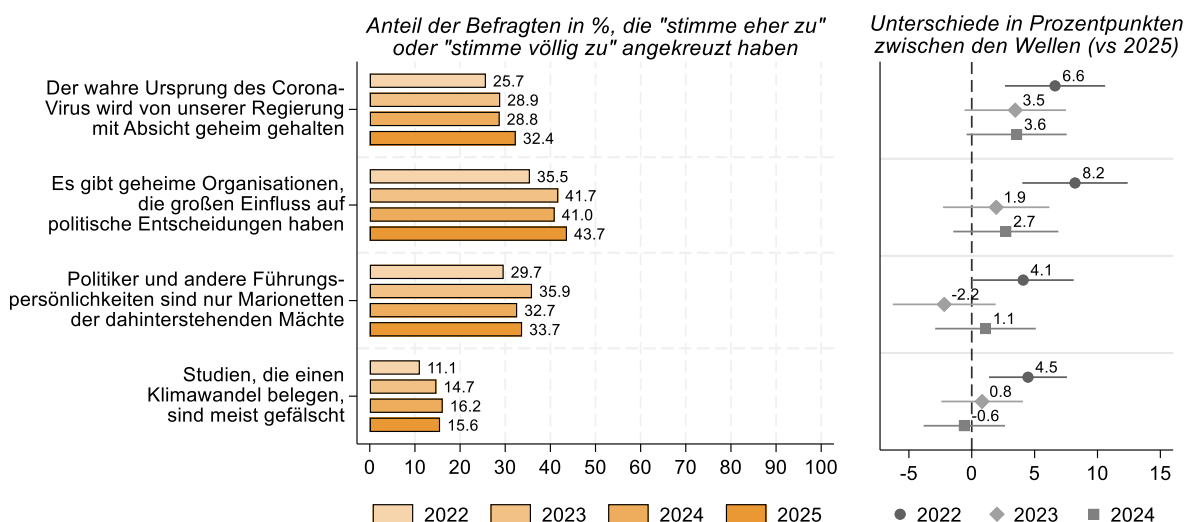
7. Akzeptanz von Verschwörungserzählungen und Verbreitung von Verschwörungsmentalitäten

Vor dem Hintergrund erheblicher Verunsicherungen, multipler Krisen und unterschiedlicher, zeitlich parallel dazu auftretender deutlich gestiegener Bedrohungswahrnehmungen ist damit zu rechnen, dass verschwörungstheoretische Narrative als eine Form der Bewältigung einer ansonsten kognitiv wie emotional als potentiell überfordernd erlebten Situation häufiger übernommen und akzeptiert werden.

Im Hinblick darauf wird im Rahmen von MiD seit 2022 systematisch erhoben, wie umfangreich in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland die Neigung verbreitet ist, verschwörungstheoretische Narrative zu akzeptieren und diese zu teilen. Insoweit lassen sich u.a. Feststellungen dazu treffen, wie sich das im Zeitverlauf in den letzten drei Jahren verändert hat.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass ein durchaus relevanter Anteil der Bevölkerung generell verschwörungstheoretische Erklärungen und Narrative akzeptiert. Im Jahr 2025 stimmen 32.4% der Aussage zu, dass die Herkunft des Corona-Virus absichtlich verschleiert wird. 43.7% glauben, dass es geheime Organisationen gibt, die die Politik in großem Maße beeinflussen. 33.7% sind der Auffassung, dass Politiker und Führungskräfte nur Marionetten der hinter ihnen stehenden Mächte sind; 15.6% sind der Ansicht, dass Studien, die einen Klimawandel bestätigen, gefälscht seien (Abbildung 18).

Abbildung 18: Verbreitung der Neigung zur Akzeptanz verschwörungstheoretischer Narrative
(MiD 2022 - 2025, gewichtete Daten)

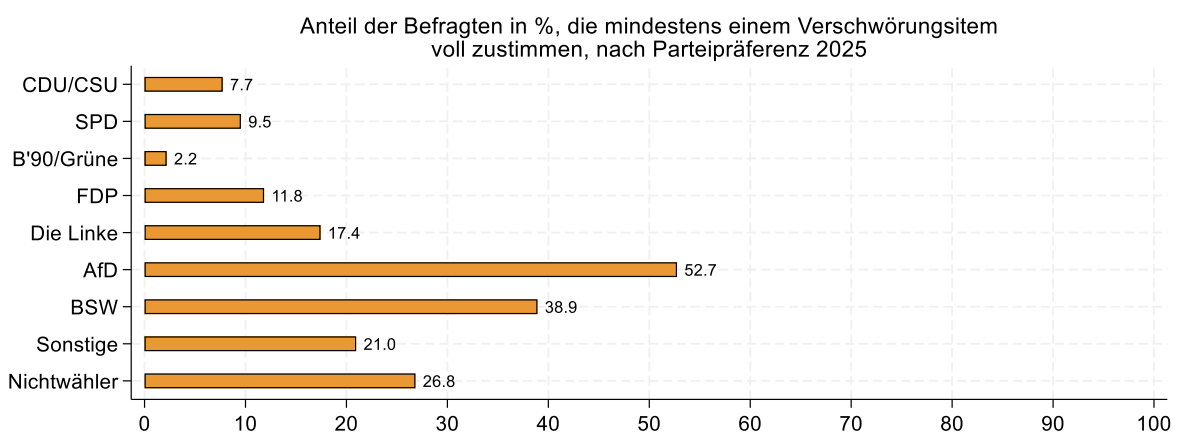


Diese Zustimmungsraten sind seit 2022 deutlich angestiegen. Dies gilt vor allem für die Annahme, dass es geheime Organisationen gibt, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben (+8.2 Prozentpunkte). Die Rate der, die der Ansicht sind, dass Politiker in Wahrheit nur Marionetten sind, die durch dahinterstehende Mächte gesteu-

ert werden, hat ebenfalls stark zugenommen (+4.1 Prozentpunkte), ebenso die wissenschaftsskeptische Haltung, dass Studien zum Beleg des Klimawandels gefälscht seien (+4.5 Prozentpunkte).

Es findet sich ferner ein klarer Zusammenhang zwischen der Neigung zum Glauben an Verschwörungstheorien und den politischen Parteipräferenzen (vgl. Abbildung 19). Unter Sympathisanten der AfD ist die höchste Rate an Personen zu finden, die eine solche Neigung zum Verschwörungsglauben erkennen lassen: 52.7% von ihnen stimmen mindestens einer der verschwörungstheoretischen Aussagen vollständig zu.

Abbildung 19: Verbreitung der Akzeptanz verschwörungstheoretischer Narrative nach Parteipräferenz
(Sonntagsfrage; Angabe in %; MiD 2025, gewichtete Daten)



An zweiter Stelle finden sich Anhänger des BSW, von denen 38.9% mindestens einer der hier verwendeten Aussagen voll und ganz zustimmen. Unter den Nichtwählern liegt dieser Anteil bei etwas mehr als einem Viertel. Bei den übrigen Parteien liegen die entsprechenden Anteile (teils ganz deutlich) unter 20%; am höchsten ist diese Rate hier noch bei den Linken (17.4%), am niedrigsten bei B'90/Grünen (2.2%).

8. Zusammenfassung und erste Zwischenbilanz

Im Jahr 2025 konnte die fünfte Welle der repräsentativen Umfrage „Menschen in Deutschland“ erfolgreich umgesetzt werden. Insgesamt wurden 4 458 Menschen ab 18 Jahre erreicht, die bereit waren, an dieser online durchgeführten standardisierten Befragung teilzunehmen.

Die soziodemographischen Merkmale dieser einwohnermeldeamtsbasierten großen Stichprobe der in Deutschland lebenden erwachsenen Bevölkerung entsprechen recht gut den Strukturen, wie sie auch in der erwachsenen Wohnbevölkerung Deutschlands insgesamt zu finden sind. Die Rücklaufquote liegt ferner in einem Bereich, der für solche Studien als üblich und insoweit zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Die Ergebnisse, die auf Basis der gewichteten Daten dieser Befragung gewonnen werden, sind insoweit, wie es auch bei den vorherigen Erhebungswellen von 2021 bis 2024 der

Fall war, als repräsentativ für die erwachsene Wohnbevölkerung in Deutschland anzusehen. Trendanalysen auf Grundlage dieser Daten sind insoweit ebenfalls sehr aussagekräftig.

Im längsschnittlichen Vergleich der fünf Erhebungswellen lassen sich ganz eindeutig wachsende Vertrauensverluste mit Blick auf staatliche und politische Institutionen, Zunahmen von Inkompetenzzuschreibungen in Bezug auf gesellschaftliche Entscheidungsträger und steigende Besorgnisse in sehr wichtigen Politikfeldern konstatieren. Die hier seit 2021 erkennbaren Entwicklungen lassen noch keine Trendwende erkennen. Im Gegenteil, in mehreren Bereichen hat sich die Situation weiter verschärft.

Diese Entwicklungen werden begleitet von Anstiegen der subjektiven Wahrnehmung der Zurücksetzung und kollektiven, ungerechtfertigten Benachteiligungen der Eigengruppe seitens vieler Bürgerinnen und Bürger. Hier ist es zu weiteren Anstiegen der Einschätzung gekommen, dass Menschen wie man selbst von staatlichen Institutionen schlecht behandelt, benachteiligt und mit ihren Sorgen und Nöten nicht ernst genommen werden.

Darüber hinaus ist ein beträchtliches Niveau der Akzeptanz von Verschwörungserzählungen zu erkennen. Diese speisen Misstrauen in staatliche Institutionen und vermehren die Schwierigkeiten, rationale Debatten über gesellschaftliche Probleme und differenzierte Ansätze zu ihrer Lösung angemessen führen zu können. Diese Entwicklungen haben sich 2025 weiter fortgesetzt.

In der Summe ist auch im Jahr 2025 weiterhin eine höchst brisante Gemengelage zu konstatieren, die einen ganz erheblichen und thematisch umfassenden Legitimationsverlust der aktuellen Politik und wichtiger Entscheidungsträger bei großen Teilen der Bevölkerung indiziert.

Die Beobachtungen der Befragten in deren eigenen Lebensumfeldern verweisen im Einklang damit auf Symptome eines reduzierten gesellschaftlichen Zusammenhalts und wachsender Radikalisierung in unterschiedlichen ideologischen Bereichen. Subjektive Gefühle der Bedrohung durch politisch motivierte Gewalt in der eigenen Gemeinde oder Stadt haben gleichfalls zugenommen. Dabei spielen islamistische und rechtsextreme Formen der politisch motivierten Gewalt 2025 die entscheidende Rolle. Sorgen wegen linksextremer Gewalt existieren in der Bevölkerung zwar auch und sollten nicht ignoriert werden, diese bewegen sich allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau.

Insgesamt zeichnet sich der Fortbestand einer gesellschaftlichen Situation ab, die aus theoretischer Sicht mit der Gefahr verbunden ist, dass sich in wachsendem Maße ein Nährboden für autoritäre populistische Agitationsbemühungen ausbreiten könnte. Weitere Beobachtungen in diesem Feld wie auch Analysen der treibenden Kräfte sind insofern notwendig, um ggfs. Änderungen von Phänomenen in Ausprägung, Form oder den insoweit relevanten Risikogruppen früh erkennen zu können.

Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Dynamik internationaler Entwicklungen mit ihren zum Teil ganz erheblichen Ausstrahlungswirkungen nach Deutschland sind hier sehr schnelle Veränderungen möglich, was nahelegt, im weiteren Fortgang des Monitorings internationalen politischen Veränderungen und ihren Wahrnehmungen durch die Menschen in Deutschland besondere Aufmerksamkeit zu widmen und verstärkt einzubeziehen. In von MOTRA wird dieser Aspekt vor allem durch die Fortführung der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) geschehen, die in Kooperation der UHH und des GIGA seit 2022 umgesetzt und in der zweiten Förderphase von MOTRA eng mit der Studie Menschen in Deutschland (MiD) verzahnt wird.

Dieser Online-Bericht soll einen ersten Einblick in Fragestellungen, Methodik und ausgewählte Befunde der MOTRA Untersuchung „*Menschen in Deutschland 2025*“ geben und zugleich auch wichtige Trends seit 2021 beschreiben.

Weitere Informationen zu unseren Forschungsarbeiten in MOTRA finden Sie auf unserer Homepage auf den Seiten <https://www.mid.uni-hamburg.de/startseite.html> sowie und in den Informationen zu unseren fortlaufenden Publikationen unter <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/motra.html>.

Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, uns bei allen unseren Befragten, die uns so bereitwillig geantwortet und dafür Zeit zur Verfügung gestellt haben, zu bedanken.

Vielen Dank, dass Sie uns durch Ihre aktive Teilnahme an der Befragung unterstützt und damit sehr geholfen haben, wissenschaftliche Erkenntnisse zu akuten und drängenden Fragen unserer Gesellschaft gewinnen zu können !

Wir hoffen sehr, dass Sie uns auch bei künftigen Befragungen im Rahmen von MOTRA weiter unterstützen, indem sie aktiv daran teilnehmen. Ohne Ihre Mithilfe wäre diese Forschung gar nicht möglich ! Vielen Dank für Ihr Vertrauen und ihre Mithilfe !

Diesen hier vorliegenden Bericht stellen wir allen Interessierten hier auch als [PDF](#) zum direkten Download zur Verfügung.

Für weitere Rückfragen kontaktieren Sie uns gerne unter: mid-studie@uni-hamburg.de.

Zitation dieser Onlinepublikation:

Wetzels, P., Farren, D., Brettfeld, K., Fischer, J.M.K., Endtricht, R. & Richter, T. (2025). *Erste Ergebnisse der repräsentativen MOTRA-Befragung „Menschen in Deutschland“ 2025 (MiD 2025). Subjektive Wahrnehmungen gesellschaftlicher Entwicklungen und Zustände sowie diesbezügliche Trends in Deutschland seit 2021*. Hamburg: Universität Hamburg.

<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.18053>

Online auch verfügbar unter: <https://www.mid.uni-hamburg.de/ergebnisse.html>